

Gewerkschaft

Organ des Gesamt-Verbandes der Arbeitnehmer der öffentlichen Betriebe und des Personen- und Warenverkehrs

Hauptschriftleitung: E. Dittmer
Berlin SO 36, Schlesische Str. 42
Fernsprecher: Amt Moritzplatz Nr. 11944

Berlin, den 13. September 1930

Erscheint wöchentlich am Sonnabend
Bezugspreis:
Monatlich durch die Post 50 Reichspfennig

Zum 14. September 1930

Simmer schärfer haben sich die Gegensätze zwischen Kapital und Arbeit gestaltet: Dort — in allen bürgerlichen Parteien — will man Herabsetzung der Löhne, Abbau der sozialen Leistungen des Reichs, der Staaten und Gemeinden, Verminderung der Einkommensteuer der Besitzenden, Ablehnung der Kapital- und Vermögenssteuer. — Wir aber wollen gesetzliche Festlegung eines Existenzminimums unter Berücksichtigung der gewerkschaftlichen Mindestforderungen. Wir wollen Ausbau der Sozialgesetzgebung, vermehrte Arbeitslosenfürsorge, erhöhte Besitz- und Vermögenssteuer. — Wahrlich, es kann dem deutschen Arbeitnehmer in diesem Wahlkampf nicht schwer fallen sich zu entscheiden, ob er — wie in den letzten Monaten — weiter Objekt eines Diktaturministeriums Brüning bleiben will, oder ob in Deutschland endlich der demokratische Volksstaat durchgeführt werden soll. In diesem Kampf um Diktatur oder Demokratie darf niemand abseits stehen. Es gilt, die klare Linie unseres gewerkschaftlichen Programms und unserer gewerkschaftlichen Grundsätze auch hier, im deutschen Reichsparlament, zur Anerkennung zu bringen.

Wohl versuchen die Nationalsozialisten und Kommunisten Verwirrung in unsere Reihen zu fragen. Sie versprechen beide in ihren Kundgebungen — das Dritte Reich der Erfüllung, sei es im faschistischen oder bolschewistischen Staat!

Die deutschen Arbeitnehmer können aber schon heute an der hemmungslosen Gewalttätigkeit — die jetzt fast täglich Menschenopfer kostet — erkennen, wohin dieser Weg der Wirrnis und der Verantwortunglosigkeit führen mußte.

So schwer auch die Millionen unter Arbeitslosigkeit und Not leiden — weder das Bürgertum noch die Links- oder Rechtsbolschewisten denken im Ernst daran, ihnen zu helfen.

Wahrlich, mit Beschimpfungen der gewerkschaftlichen und politischen Führer der deutschen Arbeiterklasse (die vielfach seit einem Menschenalter im Kampf um die Rechte der Arbeitnehmer, um die Neugestaltung des Staates zu einem sozialistischen Volksstaat stehen) oder gar mit gegenseitigem Niederschießen können die wirtschaftlichen und sozialen Nöte unserer Zeit nicht behoben werden.

Arbeiter, Angestellte, Beamte! Seid eingedenk eurer freigewerkschaftlichen Aufgaben und Pflichten:

Nur die Einheit unseres Willens führt zum freien Volksstaat!

Bekundet bei dieser Wahl, daß politische Beeinflussung nicht durch die vielfach verlogene bürgerliche Presse oder durch die ebenso unwahrhaftige Pseudoarbeiterpresse der Rechts- und Linksbolschewisten geschehen kann, folgt dem Rufe des Gesamt-Verbandes! Stellt euch in Reih und Glied mit den Millionen des ADGB.

Und ihr Frauen! Wer hat in all den Jahren der Not und der Rechtslosigkeit für eure völlige Gleichberechtigung in Staat und Wirtschaft gestritten? Ist nicht auch heute noch das Buch Bebel's „Die Frau und der Sozialismus“ das stärkste Evangelium der Frauenbefreiung aus den Banden der Unfreiheit, des Vorurteils und der kapitalistischen Knechtschaft? Gewiß sind auch heute nicht alle Fesseln, die euch drücken, abgestreift, aber der Weg zur völligen Befreiung ist geebnet! Es gilt, ihn bei dieser Reichstagswahl zu benutzen!

Ihr Jungwähler aber, die ihr zum erstenmal an die Wahlurne schreitet, laßt euch nicht verblüffen durch bürgerliche Wahlversprechungen, die nicht gehalten werden, oder durch phantastische Abenteuerpolitik der Gewaltanbeter!

Unser freigewerkschaftlicher Weg ist mühevoll und dornig, aber wir stehen im Bunde mit der sozialistischen Wählerschaft Deutschlands, mit den Millionen Sozialisten der ganzen Erde! — Darum rufen wir euch! Das imposante Heer der Siebenhunderttausend unseres Gesamt-Verbandes wählt am 14. September 1930 die

Wählt Liste 1

Erste internationale Fachkonferenz des Personals der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerke

Unsere Zeit ist stark auf das Sachliche eingestellt. Während die allgemeinen internationalen Gewerkschaftskonferenzen heute noch allzuoft unter den technisch-sachlichen Unvollkommenheiten leiden (ungenügende Vorbereitung, zu ausgedehnte rhetorische Uebersetzung, fehlende Statistik und Materialien, zu große Verschiedenartigkeit der Probleme usw.) können die internationalen Fachkonferenzen ohne Zweifel gute Vorarbeiten auf diesem Gebiete leisten. Das hat auch unsere erste Kieler Konferenz der GEW.-Gruppe bewiesen.

Das Internationale Sekretariat des Personals in öffentlichen Diensten und Betrieben hatte freilich einen ganz erheblichen Anteil an diesem Verdienst: Begrüßungsreden und Referate lagen in den drei Kongresssprachen allen Delegierten vor. Dies hat sich vorzüglich bewährt. Leider konnte infolge Verzögerung durch einige Länder nicht alles Material schon einige Wochen vorher in die Hände der Delegierten gelangen, sonst wäre die Auswirkung wohl noch günstiger ausgefallen. Immerhin bedeutete auch diese technische Einrichtung mindestens einen Tag Zeitersparnis! Uebersetzungen waren so nur noch erforderlich für die kurzen Ergänzungsreferate und die anschließende Diskussion. Es waren auf der Kieler Konferenz etwa 60 Delegierte sowie etwa 20 Gäste anwesend, von denen wir nur Vertreter des Deutschen Städtetages, der Stadt Kiel, des Internationalen Arbeitsamts, des Deutschen Vereins von Gas- und Wasserfachmännern, der kommunalpolitischen Zentralstelle der SPD, sowie des Verbandes deutscher Licht- und Wasserfachbeamten erwähnen wollen. Delegierte hatten entsandt: Belgien, Dänemark, Deutschland, England, Frankreich, Holland, Norwegen, Schweden, Schweiz und Tschechoslowakei. Schon die Weltkraftkonferenz in Berlin, die von mehr denn 4000 Delegierten aller Länder besucht war und über die wir seinerzeit eingehend berichteten, hatte gezeigt, daß die großen Gebiete der Kraftverwertung (Elektrizität, Wasser, Gas, Oel usw.) sozusagen den Inbegriff aller modernen Technik repräsentieren. Ja, daß sie sozusagen die Grundlage für die Entwicklung der Gesamtindustrie, des Verkehrs und weiter Kulturgebiete bedeuten. Gibt es doch heute keine Großindustrie mehr, die nicht in hohem Maße abhängig wäre vom elektrischen Strom, vielfach auch von Gas und Wasser.

Im ersten Referat des Präsidenten Tevenan über „Die Arbeitsverhältnisse der Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwerksarbeiter“

wurden insbesondere die Verhältnisse Englands aufgezeigt, während die Uebersichten aus anderen Ländern für die Delegierten in den verschiedenen Sprachen gedruckt vorlagen. Der Referent wies darauf hin, daß die schnelle Entwicklung der Technik in allen europäischen Ländern ähnliche Erscheinungen aufweist in bezug auf die Lohn- und Arbeitsverhältnisse. So ist z. B. festzustellen, daß vielfach noch in verschiedenen Ländern ein Teil der Schichtwechselarbeiter, obwohl sie es infolge ihrer Nacharbeit besonders schwer haben, 7 mal 8 Stunden gleich 56 Stunden pro Woche arbeiten. Trotz der Ueberstundenbezahlung (über 48 Stunden) muß dieses System energisch bekämpft werden. Es muß auch hier konsequent und unter allen Umständen in allen Ländern die 48-Stunden-Woche als Maximalarbeitszeit gefordert werden. Die Diskussion rollte solche und ähnliche Fragen auf, darunter auch einige grundsätzliche Betrachtungen über eine möglichst einheitliche Lohnpolitik, sei es durch Tarifverträge, sei es (wie in der Schweiz) durch öffentlich-rechtliche Verordnungen und Bestimmungen. Es wurde auch die Frage des Existenzminimums in die Debatte geworfen, wobei aber Bedenken laut wurden, inwieweit in den europäischen Ländern ein einheitliches Existenzminimum möglich sei. Die Frage, ob allein auf wirtschaftlich-gewerkschaftlichem Boden für bessere Lohn- und Arbeitsverhältnisse gekämpft werden oder auch (wie in England und Deutschland) die politische Machtentfaltung ausgenutzt werden soll, stand ebenfalls zur Diskussion.

Interessant waren auch die Bemerkungen des Kollegen Tevenan, daß in England auch heute noch die Handwerker gewissermaßen als Aristokratie der Arbeiterschaft gelten und daß Deutschland nicht nur auf diesem Gebiet ein gutes

Vorbild gebe in bezug auf den engeren Zusammenhalt aller Kategorien von Arbeitern, Handwerkern, Angestellten und Beamten, sondern auch in bezug auf die Entwicklung der öffentlichen Wirtschaft sowie andererseits der planmäßigen Bildungsarbeit der Gewerkschaften.

Uytroever (Belgien) sprach dann über die sozialen Einrichtungen der GEW.-Werke, die sich im großen und ganzen mit denen der Arbeiter in öffentlich-rechtlichen Betrieben überhaupt decken. Referent und Diskussionsredner betonten, daß der Soziallohn auf breiter Basis anzustreben sei, sowohl durch bezahlten Urlaub, Krankenlohn, Alters- und Invalidenpension, als auch durch Hinterbliebenenrente für Witwen und Waisen. Eine solche Entschließung wurde einstimmig angenommen.

Dr. Oprecht (Schweiz) ergänzte dann sein umfangreiches schriftliches Referat über Arbeitsgefahren und Arbeitsschutz in den GEW.-Werken, worin er den Nachweis erbrachte, daß die wachsende Ausdehnung und Mechanisierung eine Anzahl bisher ungekannter Gefahren mit sich gebracht habe und daher die Unfallgefahren zum Teil bedenklich im Steigen begriffen seien. Sowohl bei den Gaswerken, als auch bei der elektrischen Stromerzeugung und -versorgung haben sich die Unfälle vermehrt. Die Unfallverhütungswochen können wohl zur Aufklärung dienen. Vor allen Dingen müssen aber dafür bestimmte Betriebsräte die Schutzvorrichtungen überwachen. Es muß auf strikteste Innehaltung der Arbeitszeit gesehen und eine weitere Verkürzung der Arbeitszeit angestrebt werden, um die Unfallziffern herunterzusetzen. Als Höchstarbeitszeit müsse der Stockholmer Beschluß des IGB. von 44 Stunden pro Woche bezeichnet werden.

Besonders interessant war die Darstellung van Meurs, Holland, über

die Personalvertretung in den GEW.-Werken.

Er wies darauf hin, daß im Kampf um das Mitbestimmungsrecht wir Revolutionäre sind, „auch wenn kein Blut strömt“. Die Demokratie in der öffentlichen Wirtschaft muß als Vorstufe für die Gesamtwirtschaft auch bei dem gesamten Arbeitsprozeß technisch und sozial durchgesetzt werden. Ein weitgehendes Mitbestimmungsrecht der Betriebsräte usw. kann hier erfolgreiche Pionierarbeit leisten. Zweckmäßig sei allerdings, wenn die Wahlen für die Betriebsräte höchstens alle zwei Jahre stattfinden. Die Wahlen zu den Betriebsräten müßten stärker entpolitisiert werden. In der Diskussion wurde indessen darauf hingewiesen, daß eigentlich letzten Endes die Gewerkschaften auch in Deutschland die Listen aufstellen und die Politik nur von anderer Seite so stark hineingetragen werde. Jedenfalls seien die Betriebsräte heute schon in der Lage, sich um alle wirtschaftlichen, sozialpolitischen und technischen Fragen zu kümmern. Sie müssen sich sowohl um tarifrechtliche als auch um arbeitsrechtlichen Fragen bemühen und sind dank der mannigfaltigen Schulung recht gut mit diesen Fragen fertig geworden. Darüber hinaus muß natürlich der engste Kontakt mit den gewerkschaftlichen Organisationen bestehen, die die letzte Entscheidung in allen Fragen der Lohn- und Arbeitsverhältnisse treffen müssen.

Im letzten Referat über die internationale Gas-, Elektrizitäts- und Wasserwirtschaft, das Orlopp (Deutschland) gab, wurde eine Fülle von Material den Delegierten unterbreitet. Insbesondere wurde die internationale Verflechtung des elektrischen Stromaus-tausches in ganz Europa aufgezeigt an Hand des Planes von Dr.-Ing. Oliven. In Ergänzung hierzu wurden auch die internationalen finanziellen Verpflichtungen aufgezeigt, wie sie sowohl im Siemens-Konzern als auch bei der ausländischen Finanzierungs- und Holdingsgesellschaft der Sofina (Brüssel) zum Ausdruck kommt.

Alles in allem darf festgestellt werden, daß die Teilnehmer dieser Konferenz ohne Zweifel einen Einblick gewonnen haben in die Schwierigkeiten internationaler Sozialpolitik und Gestaltung der Lohn- und Arbeitsverhältnisse. Andererseits erscheint, wenn auch in ferner Zukunft, ein Ausgleich in den verschiedenen Ländern sehr wohl durchführbar.

ed.

Das Wirtschaftssystem des Faschismus

„So sprach der Duce und so geschah es!“ Nicht bloß in der Politik, auch in der Wirtschaft geschehen Wunder — so wird wenigstens von den Faschisten behauptet. Wir haben ein politisch-soziales System aufgebaut — hat Mussolini gesagt —, das sich vollkommen den modernen Notwendigkeiten anpaßt und das zwangsläufig von den anderen Ländern angenommen werden wird. Solche Aussprüche verpflichten. Sie geben uns vor allem das Recht, das italienische Wirtschaftswunder uns einmal daraufhin anzusehen, ob seine Ergebnisse zur Nachahmung aufmuntern. Dr. Hans Reupke veröffentlicht eben ein Buch („Das

Wirtschaftssystem des Faschismus“), das in sehr klarer und gedrängter Form über die faschistischen Experimente berichtet. Dieser Bericht ist jedoch für uns, als Gegner des Faschismus, schon deshalb besonders wertvoll, weil hier keineswegs ein Feind, nein, weit eher ein sehr wohlwollender, fast begeisterter Beobachter zu Wort kommt. Der Faschismus sei auf wirtschaftlichem Gebiet ein „Pfadfinder des kapitalistischen Systems“, der diesem ganz neue Wege aus der Pfadlosigkeit der „demoliberalen“ Wirtschaftsordnung weist. Wollen wir also an Hand dieses begeisterten Kommentars vor allem die Auswirkungen des faschistischen Wirtschaftswunders auf die Arbeiterklasse uns ansehen. Der „korporative Staat“ — das ist so ein neues Wort, das der Faschismus geprägt hat. Hinter der neuen Fassade stecken aber ziemlich alte Dinge, ja Dinge, die längst in die Rumpelkammer der Geschichte gehören. Die faschistische „Revolution“ ist in ihren Anfängen ja nichts anderes gewesen, als ein mit direkter Unterstützung der Großindustrie durchgeführter Feldzug gegen die Arbeiterorganisationen und vor allem gegen die Gewerkschaften. Kein Wunder also, wenn der faschistische korporative Staat eine deutliche Spitze gegen die „Korporationen“ der Arbeiterschaft enthält. Die Koalitionsfreiheit ist abgeschafft. Streiks — wie übrigens auch Aussperrungen — sind verboten und werden strafrechtlich verfolgt. Auf dem Papier existiert die Freiheit der gewerkschaftlichen Organisation, in Wirklichkeit haben jedoch die Faschisten das Monopol auf diesem Gebiet. Nur jene Gewerkschaften erlangen die staatliche Anerkennung, die der Regierung Garantien einer „moralisch, politisch und national einwandfreien Führung“ bieten. Solche garantiert

sozialistenreine Organisationen sind — bemerkt Reupke — „nicht mehr darauf angewiesen, die Zufriedenheit ihrer Mitglieder, sondern die der Regierung zu erringen“. Und nur diese offiziellen Gewerkschaften haben das Recht, Tarifverträge abzuschließen, die alsdann für alle Berufsgenossen Gültigkeit haben, nur sie dürfen im Arbeitsgericht auftreten. Aber sie haben noch darüber hinaus die Befugnis, alle Arbeiter des betreffenden Berufszweiges mit einem staatlich festgesetzten Beitrag zu besteuern. Kommt eine Vereinbarung mit dem Unternehmerverband nicht zustande, so entscheidet über alle strittigen Punkte, ins-

besondere auch über die Lohnfestsetzung das Arbeitsgericht, nicht etwa eine Schlichtungsinstanz, sondern als ein ordentliches Gericht, das aus beamteten Richtern und Schöffen, nicht etwa aus Vertretern der beiden Parteien zusammengesetzt ist. Dabei ist dieses Gericht bei der Urteilsfindung an das Gesetz nicht gebunden, entscheidet vielmehr „nach Recht und Billigkeit“. Wie diese „Billigkeit“ dann aussieht, darüber können die Ansichten ja auseinandergehen. Man braucht sich bloß einmal vorzustellen, wie hierzulande etwa die Lohnfestsetzungen eines hohen Oberlandesgerichts ausfallen würden. Die italienischen Reallohne gehören jedenfalls zu den niedrigsten in Europa. Nach Reupke ist das niedrige Lohnniveau eine der wichtigsten Ursachen der italienischen Konkurrenzfähigkeit auf dem Weltmarkt. Wenn man zu diesem Zwangslohnsystem noch die Abschaffung der Betriebsräte und die Verhinderung der Auswanderung (bei Landarbeitern ist sie gänzlich verboten) einerseits und die enorme Steigerung der Arbeitslosigkeit (periodenweise

Kassenmitglieder!

Die reaktionäre Regierung Hindenburg—Brüning—Stegerwald hat unter Mißbrauch des Art. 48 eine Notverordnung erlassen, die praktisch auf eine

Zerstörung der Krankenversicherung hinausläuft. Statt Erweiterung und Erleichterung der Krankenhilfe, die wir immer gefordert haben,

Erschwerung und neue Lasten.

Das Aufsuchen des Arztes, die Beschaffung von Arzneien und Heilmitteln ist nur gegen besondere Gebühr möglich. Eine Gebühr, die von den Arbeitern nicht aufgebracht werden kann. Das Krankengeld ist herabgesetzt worden.

Die Folgen werden sein: Verschleppen von Krankheiten bis zur Unheilbarkeit, Ausbreitung von Seuchen, erneutes Ansteigen der Säuglings- und Kindersterblichkeit. Der Arbeiter soll gezwungen werden, im Betrieb zu bleiben, bis er umsinkt. Sein einziger Besitz, die Arbeitskraft, wird aufs äußerste bedroht. Diese Bestimmungen sindermöglichst worden durch das geschlossene Zusammengehen der bürgerlichen Parteien. Sie können nur durch einen Sieg der Arbeiterpartei im neuen Reichstag und durch eine außerparlamentarische Massenbewegung aufgehoben werden. Wehrt Euch gegen diese Bedrohung der Gesundheit des gesamten arbeitenden Volkes!

Wählt am 14. September nur

Liste 1

erreicht dieselbe 2 Millionen bei einer Bevölkerung von 41 Millionen) sowie die „vorübergehende“ Abschaffung des Achtstundentages andererseits hinzunimmt, so kann man erst volles Verständnis für den berühmten Ausspruch Mussolinis erlangen: „Im faschistischen System sind die Arbeiter nicht mehr die „Ausgebeuteten“ nach der alten Terminologie, sondern die Mitarbeiter, Produzenten, deren Lebensstandard materiell und moralisch gehoben werden muß im Verhältnis zur Lage und den Möglichkeiten.“

Auf dem Gebiet des Arbeitsrechtes bedeutet der „korporative Staat“ die Vernichtung der Freiheit der Organisation und in seiner weiteren Entwicklung die Verklärung des Pro-

Kleines Gespräch über Sozialismus

Der Riesensaal war dicht gefüllt. Mit anfeuernden Worten erklärte der Redner gerade, „daß Sozialismus nicht nur eine Frage für die Arbeiterschaft sei, sondern darüber hinaus eine Angelegenheit des ganzen Volkes. Sozialismus sei nicht abhängig von der Höhe des Wochenlohnes, sondern sei vielmehr noch eine Frage der Ueberzeugung, der Weltanschauung“. Starker Beifall unterbrach ihn. Während dieser Beifallspause entdeckte Karl an einem Nachbartisch ein bekanntes Gesicht. Erstaunt stieß er seinen Freund Wilhelm an und fragte: „Du, ist das nicht der Eisenbahnsekretär Wohlgemut?“ Als Wilhelm nickte, machte Karl die ärgerlich klingende Bemerkung: „Was will denn der hier?“ Nichtsdestoweniger aber rührte er seine Hände weiter beifallsfreudig zu den Ausführungen des Redners und lauschte auch weiterhin bis zum Schluß der Versammlung. Auf dem Heimweg hieb Wilhelm an:

„Sag mal, Karl, weshalb erfüllte es dich nicht mit Freude, als du den Beamten entdecktest?“ Karl war schnell bei der Hand mit der Antwort: „Ein Beamter, oder sagen wir ganz allgemein,

ein Intellektueller kann nie Sozialist sein, weil er es nicht notwendig hat, weil für ihn die soziale Frage gelöst ist, weil er keine Ahnung von den Dingen und von unserer Not hat, weil er in ganz anderen Verhältnissen aufgewachsen und erzogen worden ist.“ — „Dann hat also der Redner Unfinn geredet und du hast ganz unnötigerweise Beifall geklatscht.“ — „Das nun gerade nicht, aber wie gesagt, ich glaube nicht an den Sozialismus der Intellektuellen.“ — „Sieber Karl“, erwiderte Wilhelm, „nehmen wir den Fall, du würdest durch irgendeinen Umstand zu Geld kommen, gehobene Stellung, Erbschaft oder sonst etwas, würdest du dann noch Sozialist sein und bleiben?“ — „Ohne Zweifel, denn das ist meine Ueberzeugung. Bei mir sitzt die Ueberzeugung eben tiefer. Sozialismus ist für mich eine gerechtere Wirtschaftsform, ist Abschaffung der kapitalistischen Profitwirtschaft. Ich bin nicht ein solcher Sozialist, der nur schimpft, wenn er viel arbeiten muß und wenig Geld verdient.“

„Sieber Karl, ich freue mich über deine Ausführungen und über deine Ueberzeugung, aber jeder deiner Sätze ist doch auch für einen Intellektuellen zutreffend. Ich sehe noch immer nicht ein, weshalb du so wegwerfend von dem Beamten Wohlgemut sprichst. Was du für dich in Anspruch nimmst, ist doch auf jener Seite

letariats im Dienst des kapitalistischen Staates. Aber ebenso feindlich verhält sich das faschistische System gegenüber jenen Korporationen, die innerhalb des heutigen Staates Keime einer neuen, modernen und sozialeren Verwaltungsorganisation darstellen, Vernichtung der kommunalen Selbstverwaltung — das ist die Parole des Faschismus. Daraufhin zielt die sog. Podestà-Verfassung vom 4. Februar 1926, die die ganze vollziehende und gesetzgebende Gewalt innerhalb der Gemeinde einem von der Regierung ernannten, meist ehrenamtlich tätigen Beamten überträgt. Hier sind also alle Nachteile des Bürokratismus mit jenen der lokalen Cliquenwirtschaft in glücklicher Weise vereint. Daneben spielen die Gemeinderäte, die nur beratende Funktion ausüben, lediglich eine dekorative Rolle. Daß diese „Reform der Selbstverwaltung“ alsdann von den italienischen Gewalthabern und ihren deutschen Lobrednern als ein der Regierung aufgezwungener Kampf gegen die „sozialistische Parteiwirtschaft“ dargestellt wird, versteht sich eigentlich von selbst.

Das Antisozialste jedoch, was das „Regime“ bis jetzt vollbracht hat, ist seine Steuer- und Finanzpolitik. Es genügt da bloß schlagwortartig anzudeuten, daß im Laufe von wenigen Jahren in Italien das System: Entlastung des Besizes, Belastung des schaffenden Volkes restlos durchgeführt worden ist. Herabsetzung bzw. völlige Abschaffung (in den näheren Graden) der Erbschaftsteuer, Beseitigung der Luxussteuer, Steuerfreiheit für Auslandskapital einerseits, Einführung der Junggesellensteuer und der allgemeinen Umsatzsteuer, Erhöhung des Weizenzolls und der Satzabgabe, das sind die markantesten Züge dieses Steuersystems, dem man seinen plutokratischen Charakter an der Stirn ablesen kann. Daß auch hier eine schöne Fassade nicht fehlen darf, versteht sich gleichfalls ohne weiteres. Diesmal soll zur Abwechslung das „produktivistische Prinzip“ — concetto produttivistico — herhalten. In einem überdölkerten Lande — heißt es bei dem deutschen Kommentator — seien Reichtum und Einkommenshöhe zu geringe und unsichere Quantitäten, als daß sie einem zu starken Druck zur Erreichung von Zwecken des sozialen Ausgleichs ausgesetzt werden können; die steuerliche Schonung der Rente zum Zwecke der Kapitalbildung hat den Vorrang. Klingt das nicht fast wie eine Wahrebe von Herrn Scholz?

So sieht also in Wirklichkeit das „Dritte Reich“ aus, der Wunschtraum aller unserer politischen — Narren! Mussolini hat, wie manch anderer Abenteuerer, seinen Eroberungszug mit der Verheißung eines sozialen Paradieses begonnen, um schließlich in einem ganz krassen plutokratischen Sumpf zu enden. Bebel hat einmal den Antifemismus den Sozialismus der Dummen genannt. Mit noch größerer Berechtigung könnte man jedoch unseren Nationalfaschismus den Sozialismus der Betrüger nennen. Die deutsche Arbeiterschaft hat aber aus dem faschistischen — wie übrigens auch aus dem bolschewistischen — Experiment bloß eine Lehre zu ziehen: aus der Sackgasse des Kapitalismus gibt es nur einen Ausweg, den der politischen und wirtschaftlichen Demokratie, den des demokratischen Sozialismus.

Gregor Bienstock.

gleichfalls möglich. Ueberhaupt, wenn die ganze Frage des Sozialismus nur eine Lohnangelegenheit wäre, wären wir bald am Ende. Es ist ein Glück, daß es nicht so ist, für uns hat er größere Bedeutung, wir wollen ein anderes Wirtschaftssystem, weil wir hierin den endgültigen Wandel der Dinge erblicken.“

„Das werden wir nie erreichen!“

„Nein, wenn wir den Sozialismus nur für Handarbeiter gelten lassen, bestimmt nicht. Wir brauchen aber auch die Kopfarbeiter. Wir sind glücklicherweise auf dem Wege, zu zeigen, daß wir nicht ein wilder Haufen sind, sondern Menschen, mit denen man vernünftig reden kann. Diese Erkenntnis setzt sich immer mehr durch und wer heute behauptet, der Arbeiter wäre nicht fähig, an großen Dingen mitzuarbeiten, der wird nicht für ernst genommen. Wir haben alle Ursache, diese Erkenntnis zu verbreitern und unsere Arme offen zu halten. Ueberhaupt redest du im Kreise. Du redest von deiner Ueberzeugung und glaubst nicht an die Möglichkeit eines Erfolges. Ich habe dich für schlauer gehalten, ich traue dir nicht zu, daß du keinen Unterschied zwischen einst und jetzt siehst.“ „Na, höre mal —“

„Jawohl, nicht: na höre mal. Die Frage ist doch die, wenn es gelingt, uns am Sozialismus irre zu machen durch Anwendung

Für die Frauen

Rationalisierung der Hauswirtschaft

Das Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit hat auch eine Untersuchung durchgeführt, die die Fußbodenreinigung im Haushalt zum Gegenstand hat. Die Untersuchungen wurden nach Versuchsplänen von Hausfrauen, Schulen und wissenschaftlich arbeitenden Stellen ausgeführt. Es wurden untersucht: das Aufwischen des Fußbodens und das Oelen und Bohnern desselben. Hinsichtlich der Kosten, Zeit und Kraft eines 25 Quadratmeter großen gestrichenen oder mit Linoleum belegten Fußbodens bei fünfmaliger Reinigung je Woche, einschließlich aller Nebenarbeiten, wie Herbeischaffen und Reinigung der Geräte, Beiseitstellen der Möbel, Lüften der Räume usw. hat das Untersuchungsergebnis zu folgenden Resultaten geführt:

	Kosten	Arbeitszeit
	Mark	Stunden
Aufwischen mit Schrubber und Scheuertuch	5,40	96
Bei Verwendung eines Scheuermops	9,30	82
Bei Verwendung eines Oelmops	15,80	52
Bei Verwendung eines Bohnerbesens	10,—	61
Bei Verwendung eines Besens mit einem Bohner Tuch umwickelt	9,70	63

Aus obigen Angaben ist ersichtlich, daß die billigste Methode das Aufwischen mit Schrubber und Scheuertuch ist. Sie erfordert allerdings auch die längste Zeit und beansprucht durch die unangenehme Arbeit des Auswringens viel Kraft. Die Verwendung eines Scheuermops mit Auswringvorrichtung erhöht zwar die Kosten, gestattet aber Zeiterparnisse und ermöglicht eine bessere kraftsparende Körperhaltung. Die teuerste Methode ist nach den Untersuchungen diejenige der Staubbindung durch Oelen (Verwendung eines ölgetränkten Mops). Die gegenüber der ersten Reinigungsmethode gestiegenen Kosten ermöglichen aber eine Zeiterparnis von etwa 44 Stunden im Jahr. Dabei ist die Körperhaltung noch besonders bequem. Empfohlen wird die Verwendung der üblichen schweren Bohnerbesens. Wenn versucht wird, die Anschaffung eines Bohnerbesens dadurch zu umgehen, daß behelfsmäßig ein gewöhnlicher Besen oder Schrubber mit einem Bohner Tuch umwickelt wird, dann bleiben durch geringere Lebensdauer des Geräts die Kosten und auch die Zeiten annähernd gleich. Die Arbeitshaltung wird aber durch die Notwendigkeit der Ausübung eines stärkeren Druckes bedeutend anstrengender.

Soweit die Untersuchungen des Reichskuratoriums für Wirtschaftlichkeit. Die Untersuchungsergebnisse bilden eine Grundlage, auf der weiter gearbeitet werden kann. Ferner wurden vom Reichskuratorium für Wirtschaftlichkeit Waschversuche gemacht, die zum Ziel haben, den Einfluß der verschiedenen Waschverfahren auf die Festigkeit der Gewebefaser festzustellen. Ueber die Wärmewirtschaft (zweckmäßige Ofenheizung) werden ebenfalls Versuche gemacht. Man kann sich nur freuen, daß auch das Gebiet der Hauswirtschaft einmal gründlich untersucht wird. Denn auch die Arbeit der Hausfrau ist der Untersuchung wert.

brutalster wirtschaftlicher Machtmittel, dann sind wir erledigt. Es wäre doch so leicht, durch auskömmlichen Lohn den ganzen Sozialismus zu erledigen. Die gesteigerte Wirtschaftsintensivität gäbe doch die Möglichkeit dazu; aber man weiß, daß die Forderung nach Sozialismus damit nicht erledigt ist. Deshalb wendet man die Hungerpeitsche an und verspricht sich davon größeren Erfolg. Schon gibt es Unzählige, die verzweifeln und ganz extremen Schreibern folgen, und darin liegt die Gefahr für uns.“

„Dann meinst du also, daß wir gar nicht genug von jenen Seuten bei uns aufnehmen können, die — — die es nicht notwendig haben,“ meinte Karl.

„Aber gewiß, wir brauchen sie alle, wir müssen endlich das Märchen zerstören, als wäre Sozialismus und Demokratie das Ende jeder Persönlichkeit und Tüchtigkeit. Sozialismus ist nicht nur eine materielle Frage, starke Gewerkschaften würden diese Dinge meistern, sondern Sozialismus ist darüber hinaus eine neue Ethik. Und für eine gerechtere Verteilung der Erdengüter kann auch der eintreten, der deiner Meinung nach keine materiellen Ursachen dazu hat.“

Herr Wohlgenut kam in diesem Augenblick an den beiden

Wahltag ist Zahltag auch für die Konsumgenossenschaften

Wenn die Massenbewegung der konsumgenossenschaftlich organisierten Verbraucher, richtig geführt und aufgeklärt, aktiv sich am Wahlkampf betätigt, so kann sie weit hin die Entscheidung am 14. September im Sinne ihrer Interessen beeinflussen. Hier handelt es sich nicht um die Frage: „Interessentenhausen oder Staatsvolk?“, weil die Interessen einer Bewegung, die mit den Angehörigen ihrer 4 Millionen Mitglieder 16 Millionen Personen, also 25 Proz. der ganzen deutschen Bevölkerung zählt, mit dem Gesamtinteresse der deutschen Wirtschaft, auch mit dem Interesse von 90 Proz. der Bevölkerung identisch ist.

Bestimmt wäre es den Konsumgenossenschaften und vor allem ihrer Führung in der Zentrale und in den Landesverbänden weit aus lieber gewesen, die Mitglieder zu einem solchen, an und für sich parteipolitischen Kampfe zur Mitwirkung nicht rufen zu müssen, weil sie sehr gut die weltanschaulichen und kulturpolitischen Bindungen, die man unter dem Sammelbegriff „Politik“ versteht, zu werten weiß. Aber wenn schon einmal die Gegner der Konsumgenossenschaften unter Führung der ultrareaktionären Wirtschaftspartei im aufgelösten Reichstag zusammen mit den Nationalsozialisten die Parole: „Ausrottung der Konsumgenossenschaften“ ausgegeben haben, nachdem sie einen ersten Erfolg auf diesem Wege durch die brutale Sonderumsatzsteuer erzielt hatten, so bleibt für die Mitglieder der Konsumgenossenschaften gar nichts anderes übrig, als sich ihrer Haut zu wehren. Darum geht es.

Die Steuergesetzgebung im Reich und in den Ländern, dazu eine steuerliche Rechtsprechung, die ein förmlicher Hohn auf das Wesen der genossenschaftlichen Selbsthilfe ist und ausgesprochen privatwirtschaftlichen Charakter trägt, zeigen den Mitgliedern der Konsumgenossenschaften, daß, wenn der neue Reichstag eine Kopie des alten bleibt, noch verhandelt durch Erfolge der Nationalsozialisten, sie für ihre wirtschaftlichen Unternehmungen der genossenschaftlichen Selbsthilfe alles zu fürchten haben.

Denn die neue Staatspartei enthält fast restlos alle Elemente wirtschaftlicher Unterdrückung der Konsumgenossenschaften. Die Demokraten werden von der Wirtschaftspartei im Kampfe gegen die Konsumgenossenschaften angeführt und sie haben weder im Reichstag, noch in den Landtagen verjagt, wenn es galt, den Konsumgenossenschaften Genickstöße zu geben. Auf der gleichen Linie stehen die Deutschen Volksparteiler des Herrn Scholz, von den Deutschnationalen ganz zu schweigen, die zwar gewisse Vorteile für die landwirtschaftlichen Genossenschaften reklamieren möchten, aber bei den Ausnahmesteuern für Konsumgenossenschaften mit die rüdesten Antreiber sind, obwohl sie und der ganze Landbund wissen, daß die genossenschaftlichen Absatzorganisationen der Landwirte mit den großen Konsumgenossenschaften — stehen oder fallen.

Das Zentrum bildet ja an und für sich eine besondere Nummer bei der Bewertung der Parteien in ihrer Stellungnahme zu den Konsumgenossenschaften, aber wenn der Reichstagsabgeordnete Schlaack vom Zentrum die Brüning-Regierung wegen der Sonderumsatzsteuer als die reaktionärste seit 1918 bezeichnet und den Parteien, die für die Sonderumsatzsteuer stimmten, mit der Quittung der Wähler drohen konnte, so

genügt diese Tatsache, um auch die Haftung des Zentrums zu brandmarken.

Es bleiben für den politischen Schutz der Konsumgenossenschaften tatsächlich nur die Sozialdemokratische und die Kommunistische Partei übrig. Aber die letztere scheidet wegen ihrer patentierten parlamentarischen Unfruchtbarkeit aus, und da sie insbesondere die Konsumgenossenschaften nur als Proviantzentralen im Bürgerkrieg wertet und sie mit allen Mitteln ihren weltrevolutionären Plänen dienstbar machen möchte, kommt sie für Konsumvereinsmitglieder und ihre wahlberechtigten Angehörigen, denen an der Existenz der konsumgenossenschaftlichen Bewegung gelegen ist, bei der Wahl ebenfalls nicht in Betracht.

Bleibt die Sozialdemokratie. Man weiß, daß sie programmäßig und vorbehaltlos das Genossenschaftswesen überhaupt und die landwirtschaftlichen wie die Konsumgenossenschaften aus rein volkswirtschaftlichen Erwägungen fördert. Ihr deshalb zum Siege und zu verstärktem Einfluß im neuen Reichstage zu verhelfen, ist das Gebot des 14. September für alle wahlberechtigten Mitglieder der Konsumgenossenschaften und ihre Angehörigen.

Bei den letzten Parlamentswahlen in England haben die Wähler der Konsumgenossenschaften mit ihren mehr als 5 Millionen Stimmen den Kampf zugunsten der Arbeiterpartei entschieden — ein gleiches kann auch diesmal in Deutschland geschehen, wenn sich die genossenschaftlich organisierten Verbraucher massen auf der Höhe ihrer Aufgabe gegenüber den privatwirtschaftlichen Interessentenhausen zeigen.

Und dies ist zur Erzielung des Erfolgs nötig. Jeder Funktionär und Agitator der Partei, jedes Mitglied der Konsumgenossenschaften rüttle Säumige auf, um ihnen zu sagen, worum es neben den großen politischen und sozialen Problemen geht. Nämlich auch um das Problem der ungehinderten Entfaltung des konsumgenossenschaftlichen Wirtschaftsgedankens gegenüber der Ausrottungsparole der Wirtschaftspartei und Nationalsozialisten, denen die übrigen gekennzeichneten Parteien Helferrolle leisten haben und wieder leisten werden, wenn nicht der soziale und wirtschaftliche Rechtsgedanke siegt. Schon hat eine Kommission im Namen der im Zentralverband deutscher Konsumvereine organisierten Verbraucher einen Wahlaufruf bzw. eine Wahlparole herausgegeben mit dem Ziel: „Hinaus mit den Konsumvereinsfeinden aus Gesetzgebung und Regierung.“ Und die Kandidaten aller Parteien werden von freigebildeten Genossenschaftskommissionen und rednerisch tätigen Genossenschaftlern auf Herz und Nieren darüber geprüft:

1. ob sie die Ausnahmesteuergesetzgebung gegen die Konsumvereine im Falle ihrer Wahl sofort helfen beseitigen und

2. gegen jede künftige Ausnahmebesteuerung der Konsumvereine stimmen wollen.

Aus der Antwort mit „Ja“ oder „Nein“ müssen restlos die Konsequenzen gezogen werden: Keinem Gegner der Konsumvereine und keinem Zweifelhaften auch nur eine Stimme der Konsumvereinsmitglieder und ihrer wahlberechtigten Angehörigen!

Freunden vorbei: „Ah, guten Abend,“ rief er, als er Wilhelm erkannte. Es lag so gar nichts von Beamtentum in diesem Gruß, daß Karl staunte. „Ja, ja, du staunst, lieber Karl. Zwar ändert der Beamte Wohlgemut allein nichts an den Dingen, aber er ist auch nicht mehr der einzigste. Noch sind viele zu gewinnen, auch in unseren Reihen. Beide Seiten müssen erkennen, daß sie gegen den gemeinamen Gegner zusammenstehen müssen, in dieser Richtung muß unsere Ueberzeugung arbeiten. Und nun auf Wiedersehen.“

G. Mewes.

Der Erdbeerdieb und der Unorganisierte

Des Morgens, ehe die Arbeit beginnt, sind die Gespräche im Ankleideraum eines Betriebes oft eine Wiederholung dessen, was die Abendzeitungen des vergangenen Tages berichtet haben. Es wird wohl überall so sein, daß einer hierbei den Ansager macht, und so war es auch hier.

Der lange Karl entbot beim Eintritt in den Ankleideraum seinen Arbeitsbrüdern den üblichen Morgengruß. Die besondere Art der Aussprache und die Geste, mit der er dies tat, stellten ihn sofort in den Mittelpunkt, aber

trotz seines Humors verfügte er auch über ein allgemeines Wissen, und alle Kollegen des Betriebes achteten ihn. Karl war auch Vertrauensmann seiner Gewerkschaft. Jeder Arbeitskollege konnte versichert sein, wenn er eine Frage stellte, ob es sich um Lohn, Krankenkasse, Urlaub, Tarif, Unfallversicherung oder Entlassungen handelte, Karl wußte Bescheid. Stets hatte er Verbandsstatut, Tarifvertrag und ein kleines Betriebsrätegesetz bei sich, und andere einschlägige Literatur befand sich in seinem Ankleidespind. Dem kam keiner mit bloßen Redensarten, wie: „Ach heutzutage haben auch die Gewerkschaften keine Bedeutung mehr“, oder „Die Tarife werden viel zu lange abgeschlossen“ und „auch in den Parlamenten wird immer noch wie früher auf dem Rücken der Arbeiterklasse getanz, ja die Arbeiter sollen immer zahlen, es ist doch alles Schwindel“ usw. Derjenige, der solche Sprache führte, konnte versichert sein, daß er auch den Beweis dafür führen mußte. Wie ein Schatten war Karl neben dem her. In der Arbeitspause war er dann gewöhnlich nicht auf seinem Platz zu finden, sondern im eifrigen Gespräch mit den Arbeitskollegen verwickelt. Auch nach der Pause, wenn es irgend möglich war, wurde solch einer nicht aus dem Auge gelassen; denn Karl kannte solche Arbeitsgenossen ganz genau. Die waren wie die

Dom internationalen Genossenschaftskongress in Wien

Ist eine internationale Genossenschaftswirtschaft möglich? Können die einzelnen Genossenschaften so weit ausgebaut werden, daß eine internationale Genossenschaftswirtschaft entsteht und von dieser Seite aus in das Getriebe der Weltwirtschaft eingegriffen wird? Es gibt dahingehende Pläne in Fülle. Eine internationale Großeinkaufsgesellschaft und eine internationale Genossenschaftsbank sind im Werden. Inwieweit ein weiterer Ausbau möglich ist — diese Frage ist heute, wo die Welt im Zeichen einer schweren Weltwirtschaftskrise steht, von besonderer Bedeutung. Erörtert wird diese Frage der Möglichkeit einer internationalen Genossenschaftswirtschaft vor allem auf dem alle drei Jahre stattfindenden internationalen Genossenschaftstagen.

Der Ueberblick, der auf dem diesjährigen Wiener Internationalen Genossenschaftskongress über das Werden der internationalen Genossenschaftswirtschaft gegeben wurde, zeigt, daß zwar die internationale Genossenschaftswirtschaft noch immer in den Anfängen steht, daß aber doch von Jahr zu Jahr wesentliche Fortschritte erzielt werden. Vor allem fällt dieser Fortschritt auf im Vergleich zum vorhergegangenen Kongress, dem Stockholmer, auf dem erst von den allerersten Anfängen einer internationalen Genossenschaftswirtschaft gesprochen wurde, während man jetzt schon baldige praktische Ergebnisse erhoffen kann. Einige genossenschaftliche Verbände haben allerdings für eine derartige internationale Zusammenarbeit wenig Sympathie, da sie im eigenen Lande genügend zu tun haben, aber insgesamt herrscht doch der Wille zur internationalen Zusammenarbeit vor. Bedeutsam ist vor allem der allmähliche Weiterausbau der internationalen Großeinkaufsgesellschaft. Er ist zwar noch nicht so weit fortgeschritten, daß man zu einer Organisation des Handels und der Produktion auf internationaler Grundlage schreiten könnte, aber es wird stark an der Vertiefung der gegenseitigen Wirtschaftsbeziehungen zwischen den einzelnen Großeinkaufsgesellschaften gearbeitet. Die Versuche nach einer praktischen Zusammenarbeit zeigen zwar, daß die Zusammenarbeit vieler Döcker den Zusammenprall zu verschiedener Ansichten bedingt, daß immer nur schwer eine mittlere Linie gefunden werden kann, doch man hofft, bald zu gemeinsamen Geschäften kommen zu können.

Welche Macht eine internationale Großeinkaufsgesellschaft darstellen könnte, zeigt sich vor allem in den Gesamtzahlen der Umsätze der Großeinkaufsgesellschaften. Die Gesamtzahl ergibt für das Jahr 1928 einen Umsatz von 327 Millionen Pfund Sterling, also von fast 7 Milliarden Mark, gegen 273 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1927 und 211 Millionen Pfund Sterling im Jahre 1926. Es ist mithin ein wirklich bemerkenswerter Aufstieg der Genossenschaften zu verzeichnen. Von den 327 Millionen Umsatz des Jahres 1928 entfallen auf Rußland 91, auf England 87, auf die Ukraine 53, auf Deutschland 21 und auf Schottland 15. Von diesem Umsatz von 327 Millionen Pfund entfallen 54 Millionen auf Einfuhr aus anderen Ländern. Von diesen 54 Millionen wiederum 36 auf Einfuhr der englischen Großeinkaufsgesellschaft aus anderen Ländern.

Auch bei den Bemühungen um Errichtung einer internationalen Genossenschaftsbank ist man bisher nur zum Studium der Möglichkeiten einer gemeinsamen Aktion gekommen, durch dieses Studium aber zu einer weitgehenden An-

näherung, so daß mit dem Werden internationaler genossenschaftlicher Bankgeschäfte gerechnet werden kann. Auch hier sei eine Zahl genannt. Die Gesamtmittel der 14 bedeutendsten Genossenschaftsbanken beliefen sich im Jahre 1928 auf 655 Millionen Dollar gegen 402 Millionen Dollar im Jahre 1927 und 313 Millionen Dollar im Jahre 1926.

Eine besondere wirtschaftliche Bedeutung dürfte dem Versuch einer Zusammenarbeit zwischen landwirtschaftlichen Genossenschaften und Konsumgenossenschaften zukommen. Wird diese Zusammenarbeit ausgebaut, so wird Wesentliches zur Lösung des Absatzproblems der Landwirtschaft getan, wie die weitgehenden Bemühungen der englischen Großeinkaufsgesellschaft auf diesem Gebiete deutlich erkennen lassen. Die besondere Bedeutung des Wiener Kongresses ist darin zu sehen, daß auf diesem Gebiet die stärkste Aktivität entwickelt wurde. Der kanadische Weizen-Pool wurde in die Internationale der Genossenschaften aufgenommen, sehr enge andere Verbindungen zwischen landwirtschaftlichen und Konsumgenossenschaften wurden angeknüpft, so daß für die nächsten Jahre wesentliche Leistungen erwartet werden können, wenn auch immer wieder betont werden muß, daß sich in diesem Wollen große Schwierigkeiten in den Weg stellen.

Zur Debatte standen in Wien auch die Fragen eines genossenschaftlichen Weltwirtschaftsprogramms. Es ist ein Ausschuß zur Aufstellung eines solchen Programms auf dem Stockholmer Kongress vor drei Jahren eingesetzt worden, doch konnte er seine Arbeit bisher noch nicht abschließen. Deswegen mußte sich der Wiener Kongress damit begnügen, in zwei Resolutionen zu den wichtigsten Fragen Stellung zu nehmen. Es

Die Allgemeine Deutsche Beamtenschaft

geht in diesen Tagen als Wahl- und Werbenummer allen unseren Filialen zu. Die Kolleginnen und Kollegen müssen die Ortsverwaltungen bei der Verteilung dieser Wahlnummer an Angestellte und Beamte tatkräftig unterstützen.

wurde die Erwartung ausgesprochen, daß durch langfristige Handelsverträge und Abschluß von Zollunionen gegen die Hochschutzzollpolitik eingeschritten würde. Es wurde ferner gefordert, daß die Truste und Kartelle entweder durch den Staat oder, soweit sie internationalen Charakter tragen, durch eine machtvolle Einrichtung des Döckerbundes kontrolliert werden.

So wurde auch auf diesem Wiener Kongress wertvolle Arbeit zur Stärkung der Genossenschaften geleistet. Es wurden die alten Prinzipien überprüft und ein erneutes Bekenntnis zu den Prinzipien der Rochdaler Pioniere abgelegt, so daß insgesamt diesem Kongress, abgesehen er zeitweilig durch unliebsame Propagandareben der russischen Delegation getrübt war, ein großer Erfolg beschieden war. Es wurde ein wesentlicher weiterer Schritt nach vorwärts im Aufbau der so schwierig zu schaffenden internationalen Genossenschaftswirtschaft getan. Dr. W. Grotkopp.

kleinen Füchse im Weinberg; die richten viel Schaden an, wenn man nicht hinter ihnen her ist. Es gehörte dann schon ein gewissenloser Charakter dazu, um Karls Gegenbeweise verdreht und sinnentstellend an andere Arbeitsgenossen weiterzuerzählen. So geschah es häufig, daß eine Diskussion entfaßt wurde, an der sich dann alle, ob sie wollten oder nicht, beteiligen mußten. Karl war dann derjenige, der diktierte, gewiß konnte er nicht jedem Kollegen die Meinung rauben, aber Unwahrheiten konnte er widerlegen, Zweifel konnte er zerstreuen und Beispiele geben. Hierin war er nie verlegen.

So auch heute frühmorgens während des Umkleidens wurde er schon um Rat gefragt. „Karl, dem Otto haben sie gestern aus seinem preisgekrönten Schrebergarten die hochstämmigen Erdbeeren geklaut. Na, so eine Gemeinheit! Unerhört ist so etwas, das ist ja allerhand.“ Und so ähnliches hörte man sagen. „Ach, laß man, Otto, du hast ja schon deine Freude am Wachsen gehabt, vielleicht auch schon genug Erdbeeren mit Schlagahne gegessen, ein vielleicht Arbeitsloser mit drei Kindern will doch auch mal Erdbeeren essen.“ „Aber, hör mal, ich quäle mich ab, wende Zeit, Mühe und Geld daran und ein anderer kommt her und pflückt sie ab. Ist Nutznießer, ist das vielleicht richtig? Im Halse müßten sie ihm

steckenbleiben, dem Dagabund! Die Finger müßten dem Spitzhüben vertrocknen! Karl, was sagst du dazu?“ Nun meldete sich Karl und alle horchten auf, denn wenn ein Unorganisierter fragte, dann gab es immer eine besondere Antwort. „Sieber Otto, du bist also wegen der gestohlenen Erdbeeren so empört und wünschst demjenigen, der die Früchte deiner Arbeit geraubt hat, den Tod. Deinen Zorn, lieber Arbeitsgenosse, kann ich wohl verstehen, aber sowohl ich, wie meine organisierten Arbeitskollegen werden ja täglich bestohlen. Wenn auch nicht um Erdbeeren, so doch um Erfolge aus unserem Tarifvertrag, an dem wir mitgearbeitet, an dem wir auch Zeit, Mühe und Geld angewandt haben. Jamohl, es ist bitter zu sehen, wie andere miternten, was sie nicht gesät haben. Dieses bittere Gefühl hast du eben auch durchgekostet, schimpfst jetzt darüber, was Zeug und Leder hält. Du mußt es schon als gegeben hinnehmen, denn, der die Erdbeeren gestohlen hat, ist kaum schlechter als du. Der Unterschied ist nur der, daß der eine Erdbeeren nahm, die er nicht gepflanzt hat und der andere, also du, genießt Erfolge mit, die du nicht mit errungen hast. Deutlicher gesagt, ihr seid beide Diebe!“

P. Bundels.

An Alle!

Uebt Solidarität den italienischen Genossen gegenüber!

Genossen! Wie euch bekannt, hat die ITF. nach der Zerstörung der Gewerkschaften durch das faschistische Regime ihre Tätigkeit in Italien, soweit ihr dies möglich war, fortgesetzt. — Aus unseren Veröffentlichungen habt ihr ersehen können, daß die italienischen Straßen- und Eisenbahnbediensteten teils dank unseren Bemühungen daran sind, ihre eigenen, wenn auch illegalen gewerkschaftlichen Organisationen wieder aufzurichten. In den anderen Transportzweigen ist man ebenfalls bemüht, die Arbeiter wieder um die freien Gewerkschaften zu scharen, wieder Gruppen der Transportarbeiter zu gründen.

Unsere mutigen italienischen Genossen, die ungeachtet der großen Gefahren ihre proletarischen Pflichten weiterhin erfüllen, wandten sich an die Arbeiterbewegung aller Länder mit der Aufforderung, mit größerer Energie denn je den Kampf gegen den Faschismus zu führen.

Unterdessen setzten sie ihre Aktion, unterstützt von der ITF., mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln fort. So hat — wie ihr der Tagespresse entnehmen konntet — ein Flugzeug die Stadt Mailand überflogen und antifaschistische Flugschriften abgeworfen. Dem Flugzeug, auf das man eine förmliche Jagd veranstaltete, gelang es, seinen Verfolgern zu entkommen, stürzte jedoch jenseits der italienisch-schweizerischen Grenze ab. Der Pilot wurde schwer verletzt, wie wir jedoch erfuhren, ist sein Leben glücklicherweise außer Gefahr; das Flugzeug aber ist völlig zertrümmert.

Wir begrüßen diese günstige Gelegenheit, die sich uns darbietet, um den italienischen Freunden unsere wärmste Sympathie und Solidarität kund zu tun.

Alle unsere Bestrebungen seien darauf gerichtet, unseren italienischen Genossen neue Kampfmittel verschaffen zu helfen!

Jeder Genosse, der im alltäglichen Kampf viel weniger persönlichen Gefahren ausgesetzt ist, möge es sich zur Ehrenpflicht machen mitzuhelfen, um die großen materiellen Schäden, die die italienischen Freunde zu erdulden haben, wieder gutzumachen. Denn, wenn schon neue Kampfmittel notwendig sind, so sollen sie von der ITF. aufgebracht werden. Es liegt also an uns allen, ein Opfer zu bringen. Daher richten wir heute unseren Aufruf nicht an die Verbandskassen, sondern an das Solidaritätsgefühl jedes einzelnen.

Wir haben uns mit unseren italienischen Genossen über diese Aktion und über den öffentlichen Charakter dieses Aufrufes beraten. Sie haben nichts dagegen einzuwenden, im Gegenteil. Unseres Erachtens kann es nichts schaden, wenn der Faschismus erfährt, wie wir ihn all der Missetaten wegen, die er an der italienischen Arbeiterklasse begangen hat und immer noch begeht, verabscheuen und verachten! Er möge erfahren, daß wir nichts unterlassen werden, um gegen ihn anzukämpfen.

Genossen der ganzen Welt! An euch liegt es zu handeln! Tragt alle ohne Ausnahme euer Scherflein bei! Gebt wenig, wenn ihr nicht in der Lage seid, mehr zu geben. Laßt es aber nicht nur dabei bleiben, sondern veranlaßt auch die anderen, gleiches zu tun! Organisiert in euren Kreisen eine Bewegung der Solidarität, in den Bahnhöfen, in den Werkstätten, auf den Strecken, in den Bureaus, an den Schiffen, in den Wagenhallen, Garagen, überall, wo sich euch dazu eine Gelegenheit bietet! Der Vorstand eurer Gewerkschaft hat die Ueberweisung der gesammelten Summen an unser Sekretariat gern auf sich genommen. Ein edler Wettstreit möge sich jetzt darüber entfalten, welches Land und welche Berufsgruppe am meisten beiträgt!

Vorwärts gegen den Faschismus, gegen die Unterdrückung der Freiheit, gegen die Kriegsgefahr! Uebt praktische Solidarität!

Der Ausschuß der ITF.:

Joh. Brautigam; P. Moltmaker; A. Kievit, stellv. Mitgl.; F. Landskroon, stellv. Mitgl.

Das Exekutivkomitee der ITF.:

C. T. Cramp, Vorsitzender; Joh. Döring, Vizevorsitzender; M. Bidégaray; A. Forstner; Ch. Lindley; Edo Fimmen, Generalsekretär; N. Nathans, 2. Sekretär.

Politische und wirtschaftliche Wochenschau

Das Beispiel Stegerwalds macht Schule. Der Verband Berliner Metallindustrieller hat den Lohn tarif zum 30. September gekündigt. Davon betroffen werden 140 000 Arbeiter und Arbeiterinnen.

In Budapest fand am 1. September eine Demonstration von 150 000 Menschen statt, um die Regierung auf die steigende Arbeitslosigkeit und auf die Notwendigkeit einer Arbeitslosenversicherung aufmerksam zu machen.

Der britische Gewerkschaftslongress hat am 4. September ein Manifest angenommen, in dem eine Herabsetzung des pensionsfähigen Alters auf 60 Jahre, die Verkürzung der Arbeitszeit auf 44 Wochenstunden, eine Entschädigung für die infolge Rationalisierung und Betriebszusammenlegung überflüssig gewordenen Arbeiter und Arbeiterinnen und die Einbeziehung von Frauen und Kindern in das Krankenlausegesetz verlangt wird.

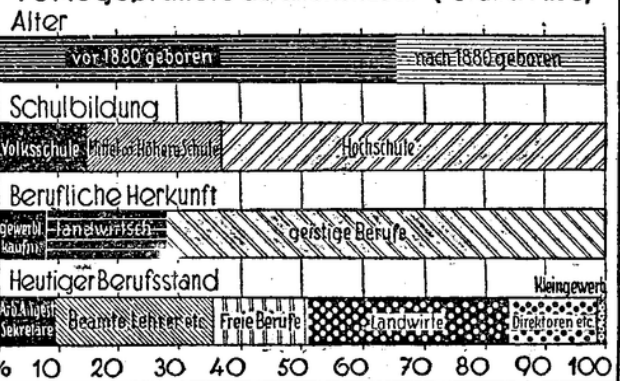
Die revolutionäre Bewegung in Argentinien hat zum Sturz des Diktators Frigoyen geführt. Zweck der Bewegung ist, wieder einen Staat auf verfassungsmäßig-demokratischer Grundlage zu schaffen.

Aus Politik und Volkswirtschaft

Die Reichstagsfraktion der Deutschnationalen und Nationalsozialisten. Die Nationalsozialisten haben unter ihren 12 Abgeordneten 9 Akademiker, aber nur einen Arbeiter. Dem Berufe nach zählt der größte Teil der Abgeordneten zu den freien Berufen, unter die wir auch die pensionierten Offiziere zählen. Zwei Drittel der Abgeordneten waren über 50 Jahre alt. Ihrer Abstammung nach stammten die meisten der Abgeordneten aus den geistigen Berufen und nur ein Viertel aus der Landwirtschaft oder

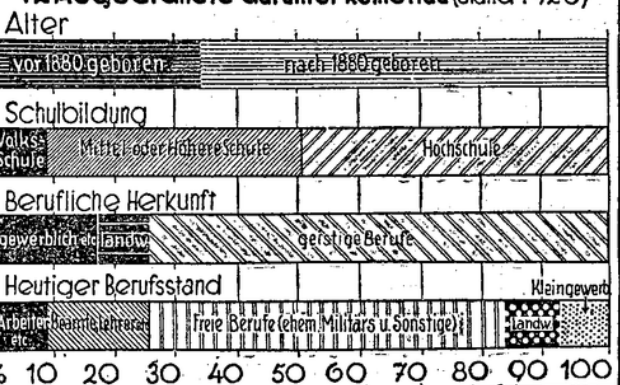
Reichstagsfraktion der Deutschnationalen

78 Abgeordnete darunter 2 Frauen (Stand 1928)



Reichstagsfraktion der Nationalsozialisten

12 Abgeordnete darunter keine Frau (Stand 1928)



dem Handwerke. Interessant ist übrigens die auf unserem Schaubilde nicht berücksichtigte konfessionelle Gliederung der nationalsozialistischen Reichstagsfraktion, die sich als einzige Fraktion zu gleichen Teilen aus Katholiken und Protestanten zusammensetzt. Sonst sind die rechtsstehenden Parteien überwiegend protestantisch, und auch die Wirtschaftspartei und die Demokraten. Juden gab es im alten Reichstag 4; 2 bei den Demokraten und 2 bei den Sozialdemokraten. Natürlich war auch die deutschnationale Reichstagsfraktion überwiegend evangelisch und nur ein Zehntel katholisch. Der beruflichen Herkunft nach stammten auch die deutschnationalen Abgeordneten überwiegend aus der geistigen Berufs-schicht und waren dem heutigen Berufsstand nach zu einem Drittel Landwirte, zu einem weiteren Drittel Beamte und Lehrer, zu einem Viertel Unternehmer und Angehörige der freien Berufe



Gesetz und Recht

Kauf auf Abzahlung an der Wohnungstür nichtig? Daß Reisende an der Wohnungstür erscheinen und Bücher, Staubsauger oder andere Sachen zum Kauf auf Abzahlung anbieten, kann man fast täglich beobachten. Es gelingt auch sehr oft, die Hausfrau zum Kauf zu überreden, was diese sehr häufig bei ruhiger Ueberlegung und vorheriger Besprechung mit ihrem Mann wohl kaum getan haben würde. Solche Kaufverträge, bei denen sich der Verkäufer in der Regel auch das Eigentum bis zur vollständigen Bezahlung des Kaufpreises vorbehält, sollen nun nichtig sein, wie das Landgericht in Hamburg jetzt wiederholt als Berufungsgericht entschieden hat. Diese Entscheidung ist auf die Vorschrift des § 134 des Bürgerlichen Gesetzbuches in Verbindung mit dem § 56a Ziff. 4 und § 148 Ziff. 7a der Gewerbeordnung gestützt. § 134 BGB. erklärt alle diejenigen Rechtsgeschäfte, die gegen ein gesetzliches Verbot verstoßen, für nichtig, und § 56a Ziff. 4 der Gewerbeordnung verbietet das Feilhalten von Waren sowie das Auffuchen von Bestellungen auf Waren, wenn solche gegen Teilzahlungen unter Vorbehalt verkauft werden, daß der Verkäufer zum Rücktritt vom Kaufvertrag berechtigt sein soll, falls der Käufer seinen vertraglichen Verpflichtungen (Zahlung der Raten usw.) nicht nachkommt. Ein Verstoß gegen diese Vorschrift der Gewerbeordnung soll nach der Bestimmung des § 148 mit Geld- oder Haftstrafe geahndet werden. — Den Einwand des Verkäufers, daß hier ein Verstoß gegen den § 56a der Gewerbeordnung nur auf seiner Seite vorliege und die Schlüsselgewalt der Frau im vorliegenden Falle auch nicht überschritten worden sei, daher die Nichtigkeit des Kaufvertrages nicht zur Folge haben könne, hat das Gericht zurückgewiesen mit folgender Begründung:

Die Berufung ist begründet. Die Klägerin hat nicht bestritten, daß ein Verstoß gegen § 56a Ziffer 4 der G.D. vorliege, insbesondere nicht, daß der Staubsauger im Umherziehen angeboten und verkauft worden ist. Die weiteren Voraussetzungen des § 56a Ziffer 4 der G.D. ergeben sich auch aus dem vorgelegten Bestellschein. Ein Verstoß gegen die erwähnte Vorschrift der G.D. hat die Nichtigkeit des Rechtsgeschäfts gemäß § 134 BGB. zur Folge. Die Ansicht der Klägerin, daß ein Verbotsgesetz nur dann Nichtigkeit des Geschäfts nach sich zieht, wenn sich das Verbot gegen beide vertraglich bindenden Teile richtet, ist nicht richtig. Wie die einschlägigen Kommentare zu § 134 BGB. auch betonen, gilt dies nur der Regel nach;

Ausnahmen sind zulässig und auch an verschiedenen Stellen in der Rechtsprechung anerkannt. Das Entscheidende ist, was das Verbotsgesetz bezweckt. § 56a Ziffer 4 der G.D. will den Hausierhandel auf Abschlagszahlungen nach Möglichkeit beschränken, weil er in besonderem Maße geeignet ist, den Leichtsinns und die Ausbeutung zu fördern. Er verleitet zu Käufen, die bei richtiger Ueberlegung und Beachtung aller in Betracht zu ziehenden Umstände — Momente, die durch bereifte Reisende erfahrungsgemäß ausgeschaltet zu werden pflegen — niemals getätigt worden wären. Die vielen der deswegen anhängigen Prozesse sind hierfür Beweis. Bei diesem klar vorliegenden Zweck des Gesetzes, derartige Vertragsabschlüsse nach Möglichkeit zu hindern, muß das unter Zuwiderhandlung gegen dieses Gesetz abgeschlossene Rechtsgeschäft gemäß § 134 BGB. nichtig sein. Ebenso Kommentar der Reichsgerichtsräte, § 134, 1. Absatz 4 und Pfand, Kommentar zum BGB., Bd. I § 134, 3c, die beide die §§ 55 ff. der Gewerbeordnung als Verbotsgesetz im Sinne des § 134 BGB. ansehen.

(Aktz. Landgericht Hamburg 3. Bg. XIV 376/30.)

Internationale Rundschau

Der 27. Belgische Gewerkschaftskongress tagte vom 2. bis 4. August in Brüssel. Aus dem vom Generalsekretär M e r t e n s erstatteten Tätigkeitsbericht geht hervor, daß die Belgische Landeszentrale im vergangenen Jahre 10 000 neue Mitglieder gewonnen hat und die Gesamtmitgliederzahl zur Zeit 550 000 beträgt. Auch in Belgien, das bis jetzt zu den mehr oder weniger gut beschäftigten Ländern gehörte, wird die Wirtschaftskrise und damit das Bestreben der Unternehmer fühlbar, auf der ganzen Linie Lohnherabsetzungen herbeizuführen. Die Arbeitslosigkeit, die in der ganzen Welt insgesamt 12 Millionen Arbeiter aufs Pflaster geworfen hat, setzt auch in Belgien ein! Seit dem vergangenen Jahre ist die Zahl der Vollerwerbslosen von 0,4 Proz. auf 1,9 Proz. und jene der Kurzarbeiter von 0,8 Proz. auf 6,6 Proz. gestiegen. In diesem Zusammenhang gelangte eine Resolution zur Annahme, in der neue Maßnahmen gegen die Arbeitslosigkeit verlangt werden. — Die Zahl der angeschlossenen Organisationen ist im Jahre 1928/29 auf Grund der Verschmelzung des Verbandes der Glasarbeiter mit der Zentralorganisation der Bauarbeiter, Holzarbeiter und verwandten Gewerbe von 26 auf 25 gesunken. Ende 1929 stellte sich die Finanzstärke der ganzen Bewegung auf etwa 129 Millionen belgische Franken. Die Abteilungen der Industrieverbände sind bezirks- oder provinziell in Gewerkschaftsföderationen zusammengefaßt. Im Jahre 1929 gab es insgesamt 26 solcher Föderationen. Auf dem diesjährigen Kongress trat die Tendenz in Erscheinung, diese Föderationen durch eine wirksamere Zusammenfassung und obligatorische Zugehörigkeit zur Landeszentrale zu stärken. — Bei der Besprechung des Tätigkeitsberichtes gelangte auch die Frage der Einwanderung zur Sprache. Die Zahl der eingewanderten Arbeiter ist seit dem Jahre 1927 von 35 000 auf 175 000 gestiegen. Der Kongress bestätigte seinen im Jahre 1926 angenommenen Beschluß, der wie folgt zusammengefaßt werden kann:

„Die fremden Arbeiter müssen als Hilfskräfte betrachtet und ihre Rekrutierung muß durch gesetzliche Bestimmungen geregelt werden. Bei der Erteilung der Einwanderungsbewilligung haben die Gewerkschaften mitzuwirken. Im übrigen stellt sich die belgische Gewerkschaftsbewegung auf den Boden des Prinzips der gleichen Behandlung der fremden und einheimischen Arbeiter sowie der Gewährung voller Gewerkschaftsfreiheit.“

RUNDSCHAU

Kontrolle der Produktion! Bei den letzten Verhandlungen im Ruhrbergbau über einen Antrag des Zechenverbandes auf Lohnabbau in Höhe von 10 Proz. führte der Vertreter des Bergbau-Industriearbeiter-Verbandes aus, sie hätten eine Anzahl Geschäftsabschlüsse der maßgebenden Bergbaugesellschaften mit über 70 Proz. aller Betriebe untersucht und festgestellt, daß diese Gesellschaften in den letzten fünf Jahren ihr Aktienkapital um 20 Millionen Mark, die Rohgewinne um 281 Millionen Mark, die Reingewinne um 46 Millionen Mark, die Reserven um 60 Millionen Mark erhöht haben; ferner wurden die Abschreibungen um 55 Millionen Mark gesteigert. Dabei sind die Arbeitskosten für jede geförderte Tonne Kohlen infolge Leistungsteigerung immer weiter gefallen. Während man vor 5 Jahren noch mit einem Lohnanteil pro Tonne von 8 Mk. und darüber rechnete, ist der Lohnanteil heute auf 6,73 Mk. gesunken. Alle diese Unterschiede wirken sich doch letzten Endes als Mehrgewinne für die Unternehmen aus. Während der Durchschnittserlös für die Tonne Kohlen zwischen 16 und 17 Mk. liegt, werden für Fettförderkohle im Kleinverkauf Preise von 27 bis 31 Mk. gefordert und bezahlt; das ist ein Gewinn- und Handelsaufschlag von rund 80 Proz. Zahlreiche Zechen haben sich eigene Kohlenhandelsgesellschaften zugelegt, um auch hier noch zu verdienen. Nicht berücksichtigt sind dabei die Gewinne, die den Unternehmen aus den Nebenanlagen zufließen. Trotzdem die Gemeinheit des beabsichtigten Lohnabbaus.